

BESCHLUSS

aus der 2. Sitzung
der Stadtverordnetenversammlung
am Donnerstag, 27.03.2014

öffentliche Tagesordnungspunkte

14. Interkommunales Windparkprojekt hier: Pachtvertrag

**VL-3/2014
1. Ergänzung**

Herr Stadtverordnetenvorsteher Wolfgang Hausmann informiert zunächst, dass wohl allen Fraktionen ein Schreiben der Fa. Diehl & Schlosser GBR zum Mindestabstand am 26.03.2014 um 22.44 Uhr per Mailnachricht zugeleitet worden sei. Da dies offensichtlich noch nicht allen Fraktionen bekannt ist, verliest er dieses Schreiben zunächst im Wortlaut. Zudem sei ein Schreiben der Bürgerinitiative Gegenwind mehrfach per Mail an alle Stadtverordneten versendet worden, in dem der politische Prozess als (un)demokratisches Lehrstück bezeichnet werde.

Der stellvertretende Vorsitzende des Bau-, Landwirtschafts-, Umwelt- und Verkehrsausschusses, Herr Ottmar Schück, berichtet zunächst aus der gemeinsamen Sitzung mit dem Haupt- und Finanzausschuss am 24.03.2014 und teilt die Beschlussempfehlung des Bau-, Landwirtschafts-, Umwelt- und Verkehrsausschusses mit. Anschließend berichtet die Vorsitzende des Haupt- und Finanzausschusses, Frau Birgit Otto, aus der Sitzung am 24.03.2014 und teilt die Beschlussempfehlung dieses Gremiums mit.

Frau Claudia Wolf stellt fest, dass zahlreiche Fragen bereits in den Ausschusssitzungen erörtert worden seien. Sie verliest eine eigene Erklärung und weist den von der Bürgerinitiative Gegenwind erhobenen Vorwurf eines (un)demokratischen Lehrstücks entschieden zurück. Sie weist darauf hin, dass auch heute nur über den Entwurf des Nutzungsvertrages beraten und entschieden werde, das Genehmigungsverfahren für die Errichtung der Windenergieanlagen allerdings noch aussteht.

Herr Reinhard Ewert zieht für sich das Resümee, dass noch niemals über eine Beschlussvorlage so intensiv beraten und diskutiert worden sei, merkt allerdings kritisch an, dass die Stadtverordnetenversammlung gut daran getan habe, die Vertragsverhandlungen an sich zu ziehen.

Frau Birgit Otto sieht die Energiewende als notwendig an und hält fest, dass hierzu ein vernünftiger Abwägungsprozess zwischen privaten und öffentlichen Interessen stattfinden muss. Nach den vielen Änderungen und dem Vorbehalt der Stadtverordnetenversammlung werde ihre Fraktion jedenfalls wohl uneinheitlich abstimmen.

Herr Ulrich Ebenhöf beantragt folgende Änderungen zum Entwurf des Nutzungsvertrages in der Fassung des Haupt- und Finanzausschusses:

1. Festschreibung des Mindestabstandes von 1.000 m zu allen Wohngebäuden.
2. Anhebung der Pachterlöse durch Nachverhandlungen auf bis zu 7 % sowie Wegfall der Pachtminderung bei Herabsetzung der gesetzlichen Einspeisevergütung auf unter 8,5 Cent.

Herr Bürgermeister Frank Ide entgegnet, dass der gesetzliche Mindestabstand von 600 m in jedem Fall nicht unterschritten werde und die nächsten Anwesen in einer Entfernung von derzeit ca. 730 m liegen. Zudem habe Frau Geno Marlene Allersmeier in der Sitzung des Haupt- und Finanz-

ausschusses am 24.03.2014 deutlich signalisiert, dass bei einer Anhebung des Pachtzinses das ganze Vorhaben nicht mehr rentabel sei. Man müsse auch ein Stück weit Verständnis für den Vertragspartner aufbringen.

Aufgrund der angeregten Diskussion stellt Herr Sebastian Finck unter Heben beider Hände den Antrag zur Geschäftsordnung auf das Ende der Diskussion sowie sofortige Abstimmung über den Vertragsentwurf in der vom Haupt- und Finanzausschuss sowie dem Bau-, Landwirtschafts-, Umwelt- und Verkehrsausschuss empfohlenen Fassung.

Diesem Antrag zur Geschäftsordnung widerspricht Herr Reinhard Ewert sofort und begründet dies damit, dass man nicht einfach eine politische Diskussion abwürgen könne. Auch diese sei Teil der parlamentarischen Auseinandersetzung.

Deshalb lässt Herr Stadtverordnetenvorsteher Wolfgang Hausmann über den von Herrn Sebastian Finck gestellten Antrag auf sofortige Beendigung der Diskussion sowie sofortige Abstimmung über den Vertragsentwurf in der vom Haupt- und Finanzausschuss sowie dem Bau-, Landwirtschafts-, Umwelt- und Verkehrsausschuss empfohlenen Fassung abstimmen.

Abstimmungsergebnis: Mehrheitlich abgelehnt bei
13 JA-Stimmen
19 NEIN-Stimmen
3 Enthaltungen

(Herr Marcel Schlosser ist bei dieser Abstimmung nicht anwesend, kehrt kurze Zeit darauf in den Sitzungssaal zurück und entschuldigt sich wegen plötzlich auftretender Übelkeit für den weiteren Sitzungsverlauf.)

Anschließend ergehen die Abstimmungen zu den gestellten Anträgen des Herrn Ulrich Ebenhöf.

Abstimmung zum Antrag auf Mindestabstand von 1.000 m zu allen Wohngebäuden:

Abstimmungsergebnis: Mehrheitlich abgelehnt bei
10 JA-Stimmen
22 NEIN-Stimmen
3 Enthaltungen

Abstimmung zu Nachverhandlungen zur Anhebung der Pächterlöse auf bis zu 7 % und Wegfall der Pachtminderung bei Herabsetzung der gesetzlichen Einspeisevergütung auf unter 8,5 Cent:

Abstimmungsergebnis: Mehrheitlich abgelehnt bei
10 JA-Stimmen
20 NEIN-Stimmen
5 Enthaltungen

Herr Jürgen Schmidt gibt im Anschluss an diese Abstimmungen eine persönliche Erklärung ab, in deren Rahmen er sich erhebt und an die Zuhörer/innen zugewandt feststellt, dass er es in 37 Jahren als Stadtverordneter noch nicht erlebt habe, dass der Stadtverordnetenversammlung ein unredliches und undemokratisches Verfahren vorgeworfen wurde.

Herr Ulrich Ebenhöf stellt mittels Heben beider Hände einen Geschäftsordnungsantrag auf namentliche Abstimmung aller Stadtverordneten. Da diesem Antrag niemand widerspricht, gilt er gemäß geltender Geschäftsordnung als angenommen.

In der Folge ruft Herr Stadtverordnetenvorsteher Wolfgang Hausmann alle anwesenden Stadtverordneten namentlich auf und befragt diese einzeln über ihre Stimmabgabe zum Entwurf des vor-

gelegten Nutzungsvertrages in der vom Haupt- und Finanzausschuss sowie vom Bau-, Landwirtschafts-, Umwelt- und Verkehrsausschuss empfohlenen Fassung:

Stimmabgabevermerk:

Manfred Heßler (CDU)	JA
Horst Nikl (GRÜNE)	JA
Eberhard Schlosser (FW)	NEIN
Volker Schlosser	JA
Jürgen Schmidt (SPD)	JA
Jürgen Biedenkapp (CDU)	NEIN
Burkhard Dörr (FW)	JA
Ulrich Ebenhöf (SPD)	NEIN
Reinhard Ewert (GRÜNE)	JA
Sebastian Finck (FW)	JA
Bettina Ute Gill (FW)	JA
Thomas Görnert (FW)	JA
Burkhard Jäger (FW)	JA
Karlheinz Koch (CDU)	NEIN
Klaus-Peter Kreuder (GRÜNE)	JA
Dieter Krug (CDU)	NEIN
Roswitha Lorenz (SPD)	JA
Edwin Magel (SPD)	JA
Silvia Mauch (FW)	JA
Helga Nerlich (CDU)	JA
Birgit Otto (CDU)	NEIN
Daniel Raschke (FW)	JA
Regine Rausch (SPD)	JA
Rainer Rohrbach (GRÜNE)	JA
Trautel Schomber-Becker (SPD)	JA
Claudia Schröder (FW)	JA
Fabian Schück (FW)	JA
Ottmar Schück (CDU)	Enthaltung
Jens Sehrt (CDU)	NEIN
Hartmut Sonnenburg (FW)	JA
Hans-Dieter Stübenrath (GRÜNE)	JA
Lothar Theis (FW)	JA
Oliver Vogler (SPD)	NEIN
Claudia Wolf (SPD)	JA
Wolfgang Hausmann (CDU)	JA

Beschluss:

Dem beiliegenden Pachtvertrag (Nutzungsvertrag für Bau, Betrieb und Unterhaltung von Windenergieanlagen) mit der iTerra Wind GmbH & Co.KG, Gießen wird in der geänderten Form zugestimmt. Der Nutzungsvertrag kommt nur für Flächen zustande, für die vom Regierungspräsidium Gießen eine Genehmigung ausgesprochen wurde.

Abstimmungsergebnis:

26 Ja-Stimme(n), 8 Gegenstimme(n), 1 Stimmenthaltung(en)